Vom kolumbianischen Staat vergessen

Vertreter der afrikanischstämmigen Gemeinschaften kritisieren die Friedensverhandlungen

In Kolumbien leidet heute besonders die marginalisierte Bevölkerung in abgelegenen Gebieten unter dem Guerillakrieg. Dass gerade von dieser Seite jetzt ernsthafte Vorbehalte gegen den Friedensprozess kommen, lässt aufhorchen.

WERNER J. MARTI

Trotz Armut und Gewalt halten die Afrokolumbianer an ihren Traditionen fest: Knabe in festlicher Kleidung. KIKE CALVO / AP

Nach Jahrzehnten des internen Konflikts mit über 200 000 Todesopfern und Millionen von intern Vertriebenen sehnen sich die meisten Kolumbianer nach Frieden. Dies gilt auch für Naka Mandinga und Sara Valencia, beides Vertreter der afrikanischstämmigen Minderheit. Trotzdem haben sie sich dieser Tage von der kolumbianischen Pazifikküste nach Europa aufgemacht, um in der Schweiz und in Brüssel ihre Bedenken gegen den gegenwärtigen Friedensprozess in Kolumbien kundzutun. Der Zeitpunkt kommt nicht von ungefähr, hat doch Präsident Santos eine baldige Unterzeichnung des Friedensvertrages in Aussicht gestellt.

Mandinga und Valencia kommen vom Proceso de Comunidades Negras en Colombia (PCN). Dabei handelt es sich um eine Organisation, die rund 120 Consejos Comunitarios (Gemeinderäte) einschliesst. Die Consejos Comunitarios sind die politische Institution, welche die afrokolumbianischen Gemeinschaften von Gesetzes wegen repräsentieren. Laut offiziellen Zahlen sind 11 Prozent der Bevölkerung oder fast 5 Millionen Kolumbianer afrikanischer Herkunft. Je nach Definition beträgt der Anteil gar bis zu 20 Prozent. Der hohe Prozentsatz erklärt sich dadurch, dass Cartagena an der kolumbianischen Karibikküste seinerzeit der wichtigste Sklavenhandelsplatz im spanischen Kolonialreich war. Heute lebt die Mehrheit der Afrokolumbianerinnen und Afrokolumbianer an der Pazifikküste und entlang der dort mündenden Flüsse von Subsistenzlandwirtschaft oder als Lohnarbeiter.

Koloniale Verhältnisse

Seit der spanischen Kolonialzeit war der Platz der Afrokolumbianer immer zuunterst auf der sozialen Leiter, noch unterhalb der indigenen Bevölkerung, wie Mandinga ausführt. Während die Existenz der indigenen Völker in der Verfassung von 1886 erstmals anerkannt wurde, dauerte es für die deutlich zahlreicheren Afrokolumbianer bis 1991, und die gesetzliche Implementierung ist noch immer nicht abgeschlossen. Die Afrokolumbianer besitzen die schlechtesten Sozialindikatoren des Landes, noch ungünstigere als die indigene Bevölkerung. Es fehlt in ihren Siedlungen an Trinkwasser, an Kanalisationssystemen, an Schulen, an der Gesundheitsversorgung, an Strassen und an einem funktionierenden Kreditwesen für die wirtschaftliche Tätigkeit. Letztgenanntes hat auch damit zu tun, dass kollektiver Landbesitz die dominierende Organisationsform dieser Gemeinschaften ist. Rund 6,5 Millionen Hektaren sind so registriert und können damit nicht verpfändet werden.

Neben der Forderung, dass der Staat in ihren Siedlungsgebieten endlich seine Verantwortung zur Erstellung der Infrastruktur wahrnimmt, verlangen Mandinga und Valencia Autonomie für ihre Gemeinschaften, und zwar in dem Sinne, dass ihnen die Kompetenz gegeben werde, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Denn, so Mandinga, zwischen den afrokolumbianischen Gemeinschaften und dem Staat bestehe bis heute ein koloniales Verhältnis.

Die Siedlungsgebiete der Afrokolumbianer an der Pazifikküste sind nicht nur von der geschilderten Armut geprägt, sie werden auch besonders stark von der Gewalt heimgesucht. Dort ist nicht nur die Guerilla präsent – vor allem die Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc) –, sondern auch kriminelle paramilitärische Banden. Entlang der Küste von der ecuadorianischen Grenze bis nach Panama zieht sich eine wichtige Drogenroute.

Von den Farc ermordet

Sara Valencia, die wie zahlreiche weitere Frauen in der afrokolumbianischen Bewegung eine leitende Rolle spielt, kann ihre eigene Geschichte von der Gewalt erzählen. Sie war zusammen mit Genaro García im Consejo Comunitario del Alto Mira y Frontera im Departement Nariño an der Grenze zu Ecuador, als ihr Kollege im vergangenen August von den Farc ermordet wurde – notabene fast drei Jahre nach Beginn der Friedensverhandlungen in Havanna. García hatte einen Kurs strikter Neutralität gegenüber den bewaffneten Gruppen verfochten, was ihm die Feindschaft der Farc eingetragen hatte. Valencia selbst musste nach dem Mord in die Stadt Cali fliehen, wo sie bis heute lebt.

Auf die Frage, was für sie denn der Abschluss eines Friedensvertrags bewirken würde, meint Mandinga mit allem Nachdruck: «Dieser wird überhaupt nichts ändern. Die Farc-Leute, die Angehörigen des Paramilitärs und die Drogenhändler werden weiter unsere Siedlungsgebiete unsicher machen.» Wie Sara Valencia ausführt, befürchten sie sogar eine Verschlechterung ihrer Situation. Die Guerilleros sollen sich landesweit in sogenannten Konzentrationszonen sammeln und zumindest für eine gewisse Zeit dort leben. «Diese Zonen werden sich dort befinden, wo die Farc jetzt aktiv sind», meint Valencia. Während Bogotá Frieden schliesst, werde die lokal ansässige Bevölkerung die Konsequenzen zu tragen haben und gezwungen werden, mit den Ex-Guerilleros zusammenzuleben, befürchtet Valencia. «Die Farc haben ganz andere Vorstellungen von gesellschaftlicher Organisation als wir, und wir fürchten, dass sie uns ihre Sicht einer Gesellschaftsordnung aufzwingen wollen», meint Valencia. «Wir, die afrokolumbianischen und die indigenen Gemeinschaften, haben unsere eigenen gesellschaftlichen Organisationsformen, die vom Gesetz anerkannt sind. Wir brauchen keine Ratschläge von aussen.»

Nur noch kriminelle Gewalt

Valencia und Mandinga kritisieren auch, dass die Organisationen der Afrokolumbianer im Rahmen der Friedensverhandlungen nicht konsultiert worden seien. Extra dafür aufgestellte Gremien seien von der Regierung ignoriert worden, nachdem solche teilweise sogar auf deren Veranlassung gegründet worden waren. Für den Kolumbien-Spezialisten Enzo Nussio vom Center for Security Studies der ETH Zürich ist dies allerdings eine einseitige Sichtweise, die dem Friedensprozess als Ganzem nicht gerecht wird. Bei keinen anderen Friedensverhandlungen sei die Zivilbevölkerung so stark konsultiert worden wie jetzt in Kolumbien. Die Regierung habe mit einer Reihe von Diskussionsforen einen grossen Effort gemacht. Allein über eine Website seien zudem mehr als 15 000 Eingaben gesammelt worden.

Sara Valencia erwartet, nach einem Friedensschluss die internationale Unterstützung zu verlieren: «Zurzeit geniessen wir als Opfer des internen Konfliktes noch einen gewissen internationalen Schutz und haben Zugang zu internationalen Organisationen und ausländischen Regierungen.» Mandinga und Valencia fürchten sich vor einem Frieden, bei welchem die Gewalt nicht nachlässt, bei dem diese aber von der Staatenwelt nur noch als rein kriminell betrachtet und daher ignoriert wird.

Scheinbare Einigkeit zwischen Hamas und Israel

Die Versöhnung Netanyahus mit Erdogan stösst bei vielen, aber nicht allen Palästinensern auf Zustimmung

ULRICH SCHMID, GAZA-STADT

«Nichts», sagen fast alle in den Strassen Gazas auf die Frage, was ihnen das Versöhnungsabkommen zwischen Israel und der Türkei bringe. Hitze und Elend münden in diesen Sommertagen in bleierne Ermattung. Nur wenige bringen noch den Furor Haidar Eids auf, der den Deal zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu und dem türkischen Staatspräsidenten Erdogan dramatisch als «Dolchstoss in den Rücken Gazas» bezeichnete. Eid, Professor an der Al-Aksa-Universität in Gaza, nimmt nicht nur Israel und die Türkei, sondern auch die in Gaza herrschende Hamas ins Gebet. Erdogan habe Gaza «verkauft», und die Hamas-Führung danke ihm auch noch dafür.

Mahnfinger in Ramallah

Die Philippika Eids beweist, dass selbst in Gaza, wo die Meinungsfreiheit nicht gerade floriert, Nuancen ausgesprochen werden können. Eid hat nichts zu befürchten, seine kompromisslos antiisraelische Linie hat auch in der Hamas viele Sympathisanten. Offiziell allerdings hat die Hamas in diesem Fall keine Fragen offengelassen. Der Deal zwischen der Regierung in Jerusalem und jener in Ankara wird nachdrücklich begrüsst, Hamas-Führer Khalid Mashal reiste aus seinem Exil in Katar in die Türkei, um Erdogan die Hand zu schütteln. Ähnlich klang es in Ramallah, dem Sitz der Palästinenserbehörde. Aussenminister Maliki begrüsste die «Normalisierung» und stellte klar, dass die Autonomiebehörde nichts gegen den geplanten Bau eines Kraftwerks, eines Spitals und einer Entsalzungsanlage durch die Türkei habe – «solange alles mit uns koordiniert wird».

Begnügt man sich mit dem Oberflächenwert dieser Erklärungen, hat man tatsächlich das vorliegen, was die palästinensische Nachrichtenagentur Ma'an einen «seltenen Moment des Konsenses zwischen der Hamas, der Palästinenserbehörde und der israelischen Führung» nannte. Kratzt man an der Oberfläche, bleibt von der Harmonie wenig übrig. Kritisch äusserte sich etwa Hanan Ashrawi, Mitglied des PLO-Exekutivkomitees. Sie sprach von einem «Pakt des Eigeninteresses», von dem Israel ebenso wie die Türkei profitiere. Ankara habe die Aufhebung der Blockade nicht durchsetzen können, und darum sei es ja im Wesentlichen gegangen. Dass Israel noch mehr Kontrolle über Gaza bekomme, wie Ashrawi anmerkte, findet auch die türkische Organisation IHH, die die Gaza-Flotten ins Leben rief. Dass die Türkei zugesagt habe, Hilfe künftig über den israelischen Hafen von Ashdod nach Gaza zu bringen, werde eher zur internationalen Anerkennung der Blockade als zur Aufhebung führen.

Die Kritiker des Abkommens werden zu bedenken haben, dass in Gaza auch bescheidene Verbesserungen der Lebensqualität willkommen sind. Natürlich ist der neue Pragmatismus Erdogans primär dem Bedürfnis nach einem Ausbruch aus der Isolation geschuldet, natürlich wirkt, nach den jahrelangen Beschimpfungen Israels, der gockelhafte Tadel Erdogans an die Adresse der IHH – «Habt ihr mich gefragt, bevor ihr losgesegelt seid? Habt ihr mich um Erlaubnis gefragt?» – so lachhaft wie das meiste, was der Meister vom Bosporus von sich gibt. Doch den schwergeprüften Menschen in Gaza ist jede Erleichterung, jede Abwechslung willkommen, und genau das wird die besonneneren Geister in der Hamas bewogen haben, den Deal zu begrüssen. Wird die Versorgung mit Trinkwasser und Strom besser und zuverlässiger, stehen mehr Spitalbetten zur Verfügung, werden davon auch die Herrscher in Gaza profitieren.

Der Traum von einem Hafen

Mit Interesse nimmt deshalb die Hamas zur Kenntnis, dass Israel neue Töne anschlägt. Verkehrsminister Katz hat den Plan einer künstlichen Insel vor der Küste Gazas wieder aufgewärmt. Auf einer etwa 8 Quadratkilometer grossen, durch eine 5 Kilometer lange Brücke mit dem Festland verbundenen Aufschüttung sollen ein Hafen und ein Flughafen gebaut werden. Das Projekt käme auf rund 5 Milliarden Dollar zu stehen. Der Forderung der Hamas nach einem neuen Hafen und der Wiedereröffnung des Yasir-Arafat-Flughafens will Jerusalem aus Sicherheitsbedenken nicht stattgeben. Ob der von Tony Blair, dem Sondergesandten des Nahostquartetts, unterstützte Plan verwirklicht wird, ist offen. Doch dass Israel, das einst nicht einmal Konfitüre oder Koriander in den Streifen lassen wollte, nun von einem Hafen spricht, zeigt, dass etwas in Bewegung geraten ist. Sollte Konkreteres folgen, die Menschen in Gaza nähmen es gerne entgegen.

Aussichtslos erscheint dagegen das Unterfangen, das perfide Narrativ der erbittertsten Feinde Israels zu verändern. Eid schreibt, es gehe darum, die Blockade zu beenden. Dies heisse, unter anderem, den Grenzübergang Rafah jeden Tag 24 Stunden lang zu öffnen. «Das ist die Verantwortung der Besetzungsmacht, also Israels.» Diese Sprache der Verbohrtheit wäre fast schon drollig, wäre die Lage nicht so ernst. Rafah ist der Grenzübergang von Gaza nach Ägypten. Ihn zu öffnen, obliegt Ägypten. Die Machthaber in Kairo halten die Grenze meist geschlossen. Wollten sie sie öffnen, könnten sie das tun, ohne erst Israel zu konsultieren.